HAUTNAH

SCHULDEN – NICHT MEIN PROBLEM?!

Arbeitsblattreihe HAUTNAH – Politische Bildung für Jugendliche

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Ausgabe 3/2013

INHALT

Vorwort und Legende 3

Einleitung 4

Arbeitsblatt I

„Zusammen in Europa?“

Pädagogischer Beipackzettel 7

Kopiervorlage 10

Arbeitsblatt II

„Schulden vor Ort“

Pädagogischer Beipackzettel 11

Kopiervorlage 12

Impressum 13

VORWORT ZUR REIHE

HAUTNAH ist eine Arbeitsblattreihe, die insbesondere für die Arbeit mit Jugendlichen (z.B. an Haupt- und Realschulen) entwickelt wurde und welche in regelmäßigen Abständen auf der Homepage der Bundeszentrale für politische Bildung zum kostenlosen Download zur Verfügung gestellt wird. Inhaltlich werden in dieser Reihe aktuelle politische Themen und Debatten aufgegriffen. Die Arbeitsblätter bieten sich somit für den schulischen Kontext als weiterführendes Lernmaterial zu den regulären Lehrwerken im Politikunterricht an. Der Titel der Arbeitsblattreihe HAUTNAH soll dabei verdeutlichen, dass politische Themen und Meinungen in jeder und jedem von uns stecken, dass die aktuellen Debatten alle betreffen und es daher wichtig ist, dass alle mitreden können. Die Ausgaben enthalten jeweils einen Einleitungstext, der Lehrkräften einen schnellen und fundierten Einstieg in das aktuelle Thema ermöglicht. Zusätzlich werden jeweils Kopiervorlagen, welche für die direkte Arbeit mit den Jugendlichen gedacht sind, sowie pädagogische Hinweise zu den entsprechenden Kopiervorlagen mit methodischen und weiteren inhaltlichen Anregungen bereitgestellt. Das Format wurde bisher erfolgreich in der Sekundarstufe I unterschiedlicher Schulformen, insbesondere Haupt- und Realschulen, sowie in der Sekundarstufe II in Berufsschulen eingesetzt.

Folgende Symbole sind auf den Kopiervorlagen gebräuchlich:

LEGENDE DER SYMBOLE

Hier sollen sich die Schülerinnen und Schüler gemeinsam über ihre Gedanken und Meinungen austauschen.

Hier sollen die Schülerinnen und Schüler in Einzelarbeit ein Thema erarbeiten.

Hier sollen sich die Schülerinnen und Schüler Gedanken zu einem kontroversen Problem machen.

SCHULDEN – NICHT MEIN PROBLEM?!

DIE BEDEUTUNG VON SCHULDEN FÜR UNSERE GESELLSCHAFT

Ob US-Haushaltskrise oder Finanzmarktkrise – das Thema Staatsschulden ist in den letzten Jahren immer aktueller und präsenter geworden. Insbesondere der drohende Staatsbankrott Griechenlands, die darauf folgenden europäischen Bemühungen zur Eurosicherung sowie der amerikanische Haushaltsstreit im Oktober 2013 haben das Thema in die Schlagzeilen gebracht und öffentliche Diskussionen angestoßen.

Dabei geht es – grob gefasst – stets darum, wie Staatsgelder ausgegeben werden und woher das notwendige Geld genommen werden soll. Der amerikanische Fall zeigte nun, was es bedeutet, wenn eine festgelegte Schuldenobergrenze erreicht wird und wenn sich Politikerinnen und Politiker über den Lösungsweg uneinig sind: zum einen die Sorge über eine Zahlungsunfähigkeit und zum anderen Verwaltungsstillstand. Während Zahlungsunfähigkeit durchaus ein Szenario ist, dessen Folgen man nicht abschätzen kann, kam der Verwaltungsstillstand bereits unmittelbar und konkret bei den Bürgerinnen und Bürgern an: So blieben staatliche Behörden, Forschungseinrichtungen, Museen und Nationalparks geschlossen, da viele Staatsbedienstete in den Zwangsurlaub geschickt wurden.[1]

Staatsschulden und „Schuldenbremse“

Für Deutschland wurde im Jahr 2009 eine Schuldenobergrenze, die sogenannte „Schuldenbremse“, im Grundgesetz verankert, was bedeutet, dass die Bundesländer ab 2020 keine und der Bund ab 2016 nur noch Kredite im Umfang von 0,35 Prozent des Bruttoinlandproduktes (BIP) aufnehmen dürfen, um den eigenen Haushalt auszugleichen.[2] Ausnahmen bilden lediglich Notsituationen wie Naturkatastrophen oder massive konjunkturelle Einbrüche.

Die Gesamtverschuldung Deutschlands im Jahr 2012 betrug über zwei Billionen Euro,[3] was ungefähr 82 Prozent des Bruttoinlandproduktes entspricht. Diese hohe Summe zeigt: Über Jahrzehnte hinweg haben sich Defizite im Staatshaushalt angehäuft. Das ist insofern problematisch, als neue Kredite vorrangig aufgenommen werden müssen, um die Zinsen aus bereits bestehenden Krediten zu zahlen und weniger um neue Investitionen zu tätigen. Eine Staatsverschuldung wird jedoch in der Regel dadurch legitimiert, dass sie in Form von Investitionen zukünftigen Generationen ebenfalls von Nutzen sein wird, zumal diese in der Zukunft die Schulden der Gegenwart zurückzahlen müssen.[4] Dies birgt allerdings die Gefahr, dass Finanzprobleme in die Zukunft

1 Vgl. Fischer, Sebastian (2013): Shutdown. Einigung im US-Haushaltsstreit gescheitert – nichts geht mehr, in: Spiegel online, 01.10.2013, einsehbar unter: http://www.spiegel.de/politik/ausland/usa-streit-im-us-kongress-loest-government-shutdown-aus-a-925430.html [letzter Zugriff am 17.02.2014].

2 Vgl. Art. 109 GG.

3 Vgl. Statistisches Bundesamt (2013): Schulden, Finanzvermögen, einsehbar unter: https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/OeffentlicheFinanzenSteuern/OeffentlicheFinanzen/Schulden/Schulden.html [letzter Zugriff am 17.02.2014].

4 Vgl. Afflatet, Nicolas (2013): Politik, Staatsverschuldung und die deutsche Schuldenbremse, Frankfurt am Main: Lang, S. 86.

verlagert werden. Insbesondere in Zeiten einer schwachen Konjunktur greift der Staat ein, indem er diese über staatliche Ausgaben ankurbelt, das heißt mithilfe von öffentlichen Mitteln die stagnierende oder gesunkene private Kaufkraft auffängt.[5]

Abgesehen davon muss der Staat in solchen Phasen die Sozialsysteme stärker stützen, wenn die Renten- und Arbeitslosenversicherungen aufgrund von hoher Arbeitslosigkeit geringere Einnahmen haben. Wenn der Staat allerdings Schulden aufnimmt, um konsumtive Ausgaben zu tätigen, wie beispielsweise für die Erhöhung von Sozialleistungen und Renten, so können Teile der Bevölkerung sicherlich für den Moment zufriedengestellt werden, allerdings wird die Schuldenlast dadurch noch schwerer auf den Schultern der zukünftigen Generationen ruhen.

Aus diesem Grund soll die gesetzlich festgelegte Schuldenbremse einerseits verhindern, dass der Staat nicht noch weiter in die Schuldenfalle gerät, und andererseits dafür sorgen, dass die EU-Richtlinien zur Staatsverschuldung eingehalten werden können. Diese wurden im Maastrichter Vertrag von 1992 festgelegt und erlauben eine Gesamtverschuldung von höchstens 60 Prozent des BIP. Eine soziale Marktwirtschaft wie in Deutschland stellt dies vor ein Dilemma: Um einen Anstieg der Neuverschuldung zu vermeiden, beziehungsweise — auf lange Sicht — den Haushalt zu konsolidieren, muss der Staat dementsprechend drastische Sparmaßnahmen ergreifen,[6] da sich Steuern als staatliche Einnahmequelle nicht beliebig erhöhen lassen und der Staat Gewinne nur in geringem Maß selbst erwirtschaften kann. Daraus folgt zwangsläufig, dass Ausgaben dezimiert, also Sozialleistungen gekürzt, die Zahl der Staatsbediensteten wie Polizistinnen und Polizisten oder Lehrerinnen und Lehrer reduziert und Investitionen zurückgestellt werden müssen. So obliegt es schließlich der jeweiligen Bundesregierung zu entscheiden, welches Konzept sie im Umgang mit Schulden verfolgen möchte: Entweder nimmt sie Kredite auf, um die Konjunktur anzukurbeln, oder sie hält die Schuldenlast mit Blick auf Inflationsraten niedrig, indem sie Staatsausgaben minimiert beziehungsweise eine entsprechende Sparpolitik vertritt.

Zur Finanzkrise und ihrer politischen Dimension

Vor dem Hintergrund der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise ist die Staatsverschuldung zu einem sensiblen Thema geworden, weshalb die Einführung einer Schuldenobergrenze, die im Übrigen kein deutsches Spezifikum darstellt, als Versuch zu werten ist, das erschütterte Vertrauen der Finanzmärkte wiederzugewinnen. Längst sind die Schuldenberge einzelner Länder über die Grenzen der Nationalstaaten hinaus gewachsen, wie sich am Beispiel Griechenlands gezeigt hat: Durch die europäische Währungsunion sind die Staaten miteinander verbunden, sodass sich das Misstrauen von Anlegerinnen und Anlegern durch die Entwicklungen in und um Griechenland ebenfalls auf andere europäische Staaten ausgeweitet hat, vor allem weil auch andere Länder Zahlungsschwierigkeiten haben (Portugal, Spanien, Italien etc.). Was früher noch als sichere Anlage galt — gemeint sind hier die Euro-Staatsanleihen —, wurde nach 2010 von den skeptischen Anlegerinnen und Anlegern mit höheren Risikozinsen belegt.[7]

5 Vgl. Kirchhof, Paul (2013): Das politische Konzept der neuen Schuldenbremse im Grundgesetz, in: Heintzen, Markus (Hrsg.): Auf dem Weg zu nachhaltig ausgeglichenen öffentlichen Haushalten, Baden-Baden: Nomos, S. 15—26, hier S. 22.

6 Vgl. Schlief, Ludger (2013): Die Schuldenbremse in der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes, in: Heintzen, Markus (Hrsg.): Auf dem Weg zu nachhaltig ausgeglichenen öffentlichen Haushalten, Baden-Baden: Nomos, S. 27—44, hier S. 31.

Wenngleich die Grundsätze der Europäischen Union festschreiben, dass jeder Staat für sich selbst verantwortlich ist, die Verschuldung somit eine nationale Angelegenheit ist, hat der Fall Griechenland zu Kontroversen geführt, ob die Mitgliedsstaaten im Falle einer drohenden Staatspleite einander unterstützen sollten oder ob stattdessen ein Austritt aus der Währungsunion möglich sein kann. Dahinter steht mehr als eine Entscheidung über finanzpolitische Grenzziehungen, nämlich die Frage, wie weit die europäische Solidarität tatsächlich reicht. Während zahlreicher Krisengipfel haben sich die europäischen Staaten schließlich zu einer Reihe komplexer Verträge entschlossen, welche in Zahlungsschwierigkeiten geratene EU-Länder unterstützen sollen, indem finanzstarke Länder zum einen für sie Garantien aussprechen und ihnen zum anderen Hilfskredite bereitstellen. Hierfür muss sich das Empfängerland jedoch strengen wirtschaftlichen Auflagen unterwerfen. Kritische Stimmen sehen in einem derartigen Rettungsfonds die Gefahr, dass sich die Mitgliedsländer dadurch gegebenenfalls weniger anstrengen, das eigene Schuldenniveau niedrig zu halten, und sich stattdessen auf die Notfallhilfe der anderen Staaten verlassen.[8]

Gleichwohl steht die Politik im Angesicht der Krise stark unter Druck, wenn es darum geht, langfristig Lösungsoptionen zu finden oder derartige Probleme im Vorfeld zu beheben. Das liegt unter anderem daran, dass sich weder die Politik noch Wirtschafts- und Finanzexpertinnen und Finanzexperten darüber einig sind, wie ein Lösungsweg auszusehen hat, zumal es keine Erfahrungswerte gibt, auf die man setzen könnte. Besonders der Fall Griechenland und die Maßnahmen zur Sicherung des Euros erwecken mitunter den Eindruck, die Politik stünde der Marktdynamik ratlos gegenüber. Einzelne Kritikerinnen und Kritiker urteilen gar, die Politik sei „zu einer Getriebenen [der Finanzmarktkrise] geworden, die den Ereignissen mehr oder weniger hilflos hinterherhechelt“.[9]

Meinungen von Bürgerinnen und Bürgern gehen nicht selten in dieselbe Richtung, was sich beispielsweise in Äußerungen wie ‚die Politik macht sowieso nur noch das, was die Finanzmärkte von ihr verlangen‘ spiegelt. Und auch die Unterstützung Griechenlands stößt auf Unverständnis und mitunter Empörung in der Bevölkerung. Derartige Sichtweisen in der Demokratie können zu einer resignierten Abwendung von der Politik und unserem demokratischen System führen. Und schließlich schwindet das Vertrauen in den Staat und seine Fähigkeit zur Lösung politischer Probleme. Diese politische Dimension soll mit den Schülerinnen und Schülern gemeinsam erarbeitet und mit der eigenen Betroffenheit beim Thema Schulden verknüpft werden: Denn auch Jugendliche häufen nicht selten Schulden an, wenn es darum geht, am Cliquen-Leben oder am Konsum partizipieren zu können, z.B. wenn das neue Handy unabdingbar erscheint.

7 Vgl. Stratenschulte, Eckart D. (2011): Europa im Zeichen der Krise, einsehbar unter: http://www.bpb.de/internationales/europa/europa-kontrovers/47840/einleitung [letzter Zugriff am 17.02.2014].

8 Vgl. Afflatet: Politik, a.a.O., S. 109.

9 Lucke, Albrecht von (2011): Homo politicus oder animal asociale. Wie der Finanzkapitalismus den gesellschaftlichen Zusammenhalt gefährdet, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte, 9, S. 4–8, hier S. 4.

Pädagogischer Beipackzettel – Arbeitsblatt I

ZUSAMMEN IN EUROPA?

Relevanz des Themas

Vor dem Hintergrund der Wirtschafts- und Finanzkrise wird in Europa unter Politikerinnen und Politikern als auch unter Bürgerinnen und Bürgern kontrovers darüber diskutiert, ob und wie sich die Staaten gegenseitig helfen sollten. Aufgrund dessen steht die Europäische Union derzeit am Scheideweg hin zu mehr oder weniger Europa. Neben ökonomischen Überlegungen spielt hierbei auch das Thema Solidarität eine Rolle. Inwiefern sich ein europäisches Zusammengehörigkeitsgefühl entwickelt, hängt auch von den jungen Generationen ab, weshalb sich Jugendliche eine eigene Meinung zur Solidaritätsfrage bilden können sollten.

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler können

- die Bedeutung von „Solidarität“ in eigenen Worten erklären,
- erkennen, dass Solidarität unterschiedliche Formen haben kann und daher in Europa so kontrovers darüber diskutiert wird,
- sich eine Meinung dazu bilden, ob europäische Staaten solidarisch handeln sollten oder nicht.

Methodische Anregungen

Einstieg: Im Vorfeld der Stunde ließe sich eine vorbereitende Recherche als Hausaufgabe aufgeben: Entweder könnten die Schülerinnen und Schüler sich im Internet über den Begriff „Solidarität“ informieren oder sogar eine kleine Befragung in ihrem Bekanntenkreis durchführen, was für diese Personen „Solidarität“ bedeutet. Diese Ergebnisse könnten als Einstieg in der Stunde in einer Mindmap visualisiert werden.

Alternativ könnte man sich dem Begriff „Solidarität“ mithilfe des Ausdrucks „Solidarität mit … zeigen“ anhand eines aktuellen Beispiels wie die Solidaritätsdemonstrationen für die „Lampedusa-Flüchtlinge“ nähern. So können die Schülerinnen und Schüler ihr Vorwissen aktivieren, über den Zusammenhang einen Definitionsversuch wagen oder Synonyme für den Begriff finden, was auch in Form einer Mindmap visualisiert werden könnte.

Aufgabe 1: Der Link zum Kurzfilm „Voices of Europe – Verlorene Generation“ ist unter folgender Adresse abrufbar:

► http://www.youtube.com/watch?v=HatyO2ChPeg

Zunächst sollen hier die Emotionen und eigenen Sorgen der Schülerinnen und Schüler thematisiert werden, um an die Lebenswelt der Jugendlichen anzuknüpfen. Es bietet sich darüber hinaus auch an, Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund oder Familienangehörigen in anderen europäischen Ländern zu fragen, wie dort die Menschen

über ihre Lebenssituation denken. Diese Erzählungen können mit den Aussagen aus dem Video verglichen werden, um herauszuarbeiten, dass Menschen in unterschiedlichen Ländern ähnliche Ängste und Sorgen haben. Daher kann vor diesem Hintergrund dann auf die im Film angesprochenen Visionen von einem gemeinschaftlich gesinnten Europa eingegangen werden. Die Losung dieser Vision lautet „seid solidarisch“, weshalb der Begriff mithilfe des Films weiter mit Inhalt gefüllt werden soll, womit die gegebenenfalls zuvor angelegte Mindmap erweitert werden kann.

Aufgabe 2: Mit dieser Aufgabe können sich die Schülerinnen und Schüler in das komplexe, weit entfernte Thema Solidarität zwischen Staaten zunächst über eine konkrete Lebenssituation einarbeiten, die den Jugendlichen möglicherweise sogar bekannt ist. Um die Situation in der Sozialform zu spiegeln, wird die Aufgabe in der Gruppe bearbeitet. Je nach Lerngruppe können Diskussionshilfen in Form von Rollenkarten verteilt werden, damit alle eine eigene Position und Gesprächsgrundlage haben. Die Karten könnten folgendermaßen aussehen:

Freund/in mit Schulden

- versetz dich in die verschuldete Person
- deine Eltern wollen dir nicht mehr helfen
- Grund für deine Schulden könnte das Handy sein
- mach einen Vorschlag, wann und unter welchen Bedingungen du die Hilfe deiner Freunde nicht mehr brauchen würdest

Freund/in mit Vorsicht

- du verstehst das Problem, möchtest aber ungern helfen, weil du selbst nicht so viel Geld zur Verfügung hast
- vielleicht gibt es eine Möglichkeit, gemeinsam zu helfen?
- du möchtest wissen, wann du das geliehene Geld wiederbekommen würdest und wie du sichergehen kannst, dass du es überhaupt wiederbekommst

Freund/in gegen Hilfe

- du bist dagegen zu helfen, weil du glaubst, dass deine Freundin/ dein Freund besser darauf hätte achten müssen, wie viel sie/er ausgibt
- du glaubst, dass sie/er das Problem selbst lösen muss, weil du nicht dafür verantwortlich bist
- du warnst die anderen davor, dass dann auch andere um Hilfe bitten könnten

Freund/in für Hilfe

- du möchtest gern helfen, weil du in gewisser Weise mitverantwortlich bist (ihr wart zusammen einkaufen, habt viele SMS hin- und hergeschrieben)
- du warst mal in einer ähnlichen Situation
- du möchtest die anderen davon überzeugen, dass man gemeinsam eine Lösung finden könnte

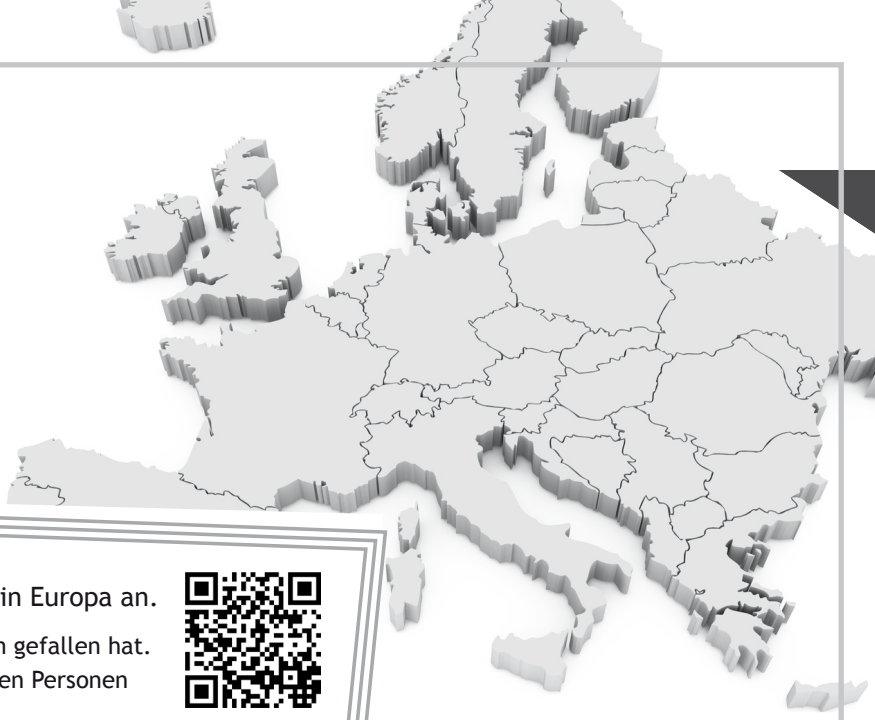
Je nach Gruppengröße lassen sich die Karten um weitere Positionen erweitern oder es werden Positionen mehrfach verteilt. Die Rollenkarten können entweder nach Vorlieben verteilt oder zufällig gezogen werden. Letzteres hat den Vorteil, dass sich alle in der Gruppe auch in unterschiedliche Meinungen hineindenken lernen, während bei der

ersten Variante die Diskussionen möglicherweise sofort in Gang kommen, da bereits starke Ansichten bei einigen vorhanden sein können. Am Ende der Gruppenarbeit sollen die Gruppen kurz der Klasse mitteilen, wofür sie sich entschieden haben und warum.

Im zweiten Teil der Aufgabe soll das Thema auf der komplexeren Ebene der Staatenbeziehungen behandelt werden. Hier können immer wieder Argumente aus den Gruppendiskussionen aufgegriffen und auf ihre Gültigkeit für staatliches Handeln hinterfragt werden, denn es ist ein Unterschied, ob man befreundet ist oder locker verbunden. Als Vergleich bietet sich hier noch einmal der Klassenverband an: Würden sich alle aus der Klasse gegenseitig helfen, nur weil sie in einer Klasse sind, der Rahmen des Zusammenhalts sozusagen festgesetzt worden ist? Die Lehrkraft könnte beispielsweise mithilfe von folgenden Fragen weitere Impulse in die Diskussion geben: Was für Risiken geht der helfende Staat ein? Kann man das Risiko möglicherweise verringern? Was würde passieren, wenn ein Mitglied wegen der Schulden aus der Union aussteigt? (Dabei sollte auf die unterschiedlichen Perspektiven aufmerksam gemacht werden, die des austretenden Staats und die der verbleibenden Staaten).

Aufgabe 3: Hierfür könnten die beiden Aussagen im Klassenraum auf Plakaten aufgehängt werden, sodass der Raum in zwei Hälften geteilt werden kann. Die Schülerinnen und Schüler werden, nachdem sie Zeit hatten, sich die Aussagen durchzulesen, aufgefordert, sich im Klassenraum auf einer Seite aufzustellen und sich somit demonstrativ zu positionieren. Anschließend kann ein „Argumentations-Pingpong“ gespielt werden, das heißt, eine Seite begründet mit einem Argument, warum sie dieser Aussage zustimmen würde. Darauf kann die Gegenseite mit einem Argument für ihre Aussage entgegnen usw. Es gibt dabei keine festen Sprachregelungen, sodass jede/r sprechen darf, der/dem ein Argument einfällt. Mit dieser Methode werden alle Schülerinnen und Schüler der Klasse einbezogen, da sich alle im Raum aufstellen müssen. Beim anschließenden Argumentations-Pingpong können sich alle beteiligen und die Meinung der eigenen Seite unterstützen. Wichtig wäre, dass am Ende die Argumente für und wider von Hilfeleistungen gesammelt und in schriftlicher Form für die Schülerinnen und Schüler festgehalten werden.

ZUSAMMEN IN EUROPA?



1 NACH GEFRAGT

Schaut euch das Video über die Jugend in Europa an.

- Besprecht in der Klasse, wie euch der Film gefallen hat. Fühlt ihr euch von den Sorgen der befragten Personen angesprochen?
- Erklärt, worin der Film die Stärken Europas sieht und welche Wünsche die Jugend von Europa hat.
- Analysiert, was hier mit dem Begriff „Solidarität“ gemeint ist.

2 NACH GEDACHT

A) FINDET EUCH IN GRUPPEN ZUSAMMEN UND DISKUTIERT FOLGENDES SZENARIO:

Stellt euch vor, eine Freundin oder ein Freund aus eurer Clique gerät in Schuldenprobleme und bittet euch alle um Hilfe. Wie würdet ihr reagieren?

Folgende Fragen können euch dabei helfen:

Aus welchem Grund ist euer Freund / eure Freundin verschuldet?

Wie würdet ihr die Hilfe organisieren? Gemeinsam oder einzeln? Welche Vor- bzw. Nachteile hat das?

Gibt es Grenzen für eure Hilfe?

Würdet ihr eure Hilfe an Bedingungen knüpfen?

Was macht ihr, wenn nicht klar ist, wann das Geld zurückgezahlt wird?

B) Entscheidet euch am Ende der Gruppenarbeit, ob ihr helfen wollt oder nicht und teilt das der Klasse mit Begründung mit.

- Wenn ihr nun darüber nachdenkt, was passiert, wenn andere Staaten der Europäischen Union Pleite gehen würden: Würdet ihr den betroffenen Staaten helfen und wenn ja, wie und warum?

3 KONTROVERS

Diskutiert in der Klasse:

- Zum Thema Wirtschafts- und Finanzkrise in Europa wurden Jugendliche nach ihrer Meinung zur Staatenhilfe gefragt. Welcher Aussage würdet ihr eher zustimmen und warum?

Rico, 18 Jahre alt, Schüler, passt zum Beispiel die ganze Richtung nicht. Er findet es „erschreckend“, dass sogenannte Pleite-Staaten ihre Schulden so lange verschleiern konnten. „Solche Staaten sollten aus der EU austreten, die Griechen müssten zu ihrer Drachme zurückkehren. Wenn sie wirtschaftlich wieder erstarkt sind, können sie ja wieder kommen.“

„Wir müssen uns um die anderen kümmern, sonst werden die Probleme einzelner Staaten die Probleme aller“. Katharina ist für mehr Zusammenhalt in der EU. „Solidarität heißt aber nicht, Deutschland alleine zu belasten, sondern Hilfe, die an ganz klare Bedingungen geknüpft ist“.

Pädagogischer Beipackzettel – Arbeitsblatt II

SCHULDEN VOR ORT

Relevanz des Themas

Das Thema (Staats-)Schulden bezieht sich nicht nur auf die Bundesebene: Auch Kommunen, Landkreise oder Städte müssen mit ihren finanziellen Mitteln haushalten und entscheiden, wofür Geld ausgegeben werden soll. Derartige Entscheidungen betreffen auch Jugendliche, wenn z.B. das Jugendzentrum vor Ort oder das Freibad geschlossen werden soll.

Lernziele

Die Schülerinnen und Schüler können

- benennen, welche Schuldenprobleme in ihrem Heimatort oder in ihrer Heimatgemeinde vorliegen, indem sie eine eigene Recherche vorgenommen haben,
- erkennen, dass das Thema „Schulden“ komplex ist, beispielsweise der Interessenkonflikt zwischen Politik und Bürgerinnen und Bürgern.

Methodische Anregungen

Aufgabe 1: Hier geht es darum, dass die Schülerinnen und Schüler sich mit der Lokalpolitik unter dem Thema „Schulden“ auseinandersetzen. Es kann hilfreich sein, die Schülerinnen und Schüler bereits vorab Zeitungsartikel sammeln zu lassen oder diese selber mitzubringen. Die jeweiligen Gruppen können ihre Ergebnisse als Plakat festhalten.

Aufgabe 2: In dieser Aufgabe soll das Thema Schulden mithilfe des Beispiels „Schließung Jugendzentrum“ an die Lebenswelt der Jugendlichen anknüpfen. Es kann aber auch ein konkreter Fall aufgegriffen werden, der sich aus Aufgabe 1 ergeben hat: Auf diese Weise können die Pro- und Contra-Argumente aufgeschlüsselt werden wie auch mögliche Lösungsoptionen. Zunächst soll die Erarbeitung in Einzelarbeit erfolgen, um dann im Klassenverband die Ergebnisse zu besprechen. Unter Umständen kann diese Aufgabe auch ausgelagert werden: Die Schülerinnen und Schüler erarbeiten einen Fragekatalog, den sie dann Politikerinnen und Politikern vorlegen. Die Antworten und Eindrücke können anschließend in der Klasse thematisiert werden (z.B. „Welche Gründe und Probleme wurden aufgezeigt?“, „Welche Lösungen wurden genannt?“). Die letzte Frage zielt darauf ab, dass sich die Schülerinnen und Schüler über Mitwirkungsmöglichkeiten Gedanken machen: Kommunalwahlen, Unterschriftenaktionen, Gespräche mit Politikerinnen und Politikern vor Ort suchen.

Aufgabe 3: Hier geht es nun darum, unterschiedliche Meinungen und Argumente auszutauschen und im Anschluss die Eindrücke zu reflektieren. Den Schülerinnen und Schülern sollte eine gewisse Vorbereitungszeit gegeben werden, um in ihre „Rolle“ zu schlüpfen. Die Fragen aus Aufgabe 1 und Aufgabe 2 können als Unterstützung dienen. Zudem könnten noch Fragen als Unterstützung an die Tafel geschrieben werden, z.B. „Was ist für deine Rolle wichtig?“, „Welche Interessen hat deine Rolle?“. Wenn das Rollenspiel beendet wird, sollte eine „Abgabe“ der Rolle erfolgen, indem beispielsweise die Rolle „abgeschüttelt“ wird.

SCHULDEN VOR ORT

1 NACH GEFRAGT

➔ Wie sieht es mit Schulden in deinem Wohnort aus? Beantworte die Fragen und besprecht eure Ergebnisse in Kleingruppen. Verwende Zeitungsartikel oder das Internet als Hilfe.

Heimatort:

.....

Einwohnerzahl:

.....

Soll etwas geschlossen werden, z.B. ein Jugendzentrum?

.....

.....

Ist dein Heimatort/ deine Gemeinde/ deine Stadt verschuldet?

.....

Kannst du Gründe für die finanzielle Situation herausfinden?

.....

.....

.....

Was fehlt dir in deinem Heimatort/ in deiner Gemeinde/ in deiner Stadt?

.....

.....

.....

.....

2 NACH GEDACHT

➔ **Stell dir vor, in deinem Heimatort soll das einzige Jugendzentrum geschlossen werden, weil kein Geld mehr dafür bereit steht. ODER: Nimm einen Fall aus Aufgabe 1.**

A) BEARBEITE DIE FRAGEN:

- ➔ Wer ist beteiligt an dem Problem?
- ➔ Welche Gründe kann es für die Schließung geben?
- ➔ Welche Gründe kann es für den Erhalt geben?
- ➔ Welche Meinung hast du dazu?
- ➔ Fällt dir eine Lösung ein?
- ➔ Was kannst du tun, damit deine Meinung bei den Politikerinnen und Politikern ankommt?

B) BESPRECHT EURE ANTWORTEN IN DER KLASSE

3 KONTROVERS

➔ **a) Teilt euch in drei Gruppen ein und nehmt zum Problem aus Aufgabe 1 oder 2 eine der jeweiligen Rollen ein:**

1) Politikerinnen und Politiker, die für eine Schließung sind.

2) Politikerinnen und Politiker, die gegen eine Schließung sind.

3) Bürgerinnen und Bürger, die betroffen sind und Fragen haben.

b) Spielt ein Treffen im Rathaus nach.

c) Besprecht eure Eindrücke.

HAUTNAH

IMPRESSUM

Herausgeberin

bpb: Bundeszentrale für politische Bildung

Bundeszentrale für politische Bildung
Adenauerallee 86
53113 Bonn
www.bpb.de
Email: hautnah@bpb.de

Verantwortlich
Saskia Mey, Arne Busse, Ruth Grune (alle bpb)

Konzept
Nina Hölscher
Johanna Klatt
Susanne-Verena Schwarz
Yvonne Wypchol

Redaktionsleitung
Nina Hölscher

Autorinnen
Bonnie Pülm
Yvonne Wypchol

Gestaltung
Julia Kiegeland

Bilder

Titel	kallejipp / photocase.com zusätzliche Retusche: Julia Kiegeland
S. 10	© Dreaming Andy - Fotolia.com
S. 12	HerrSpecht / photocase.com

In Kooperation mit

Göttinger Institut für Demokratieforschung

Institut für Demokratieforschung
Georg-August-Universität Göttingen
Weender Landstraße 14
37073 Göttingen
www.demokratie-goettingen.de